

**Haushaltsrede Februar 2025**  
**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Erkrath**

Rede anlässlich der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2025 für die Stadt Erkrath der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

auch der Nachtragshaushalt 2025 zeigt, dass die Politik der Verwaltungsspitze und von CDU und SPD, die diesen Nachtragshaushalt gleich mit ihrer knappen Mehrheit beschließen werden, auf keinem guten Weg ist. Dies spiegelt sich nicht nur in der Zahlen wieder, sondern wird auch deutlich, wenn man sich die inhaltlichen Schwerpunkte und vor allem die Bereiche anschaut, in denen notwendige Maßnahmen einmal mehr nicht ergriffen werden.

Einige wenige Beispiele machen dies deutlich:

Statt Umwelt- und Klimaschutz zu stärken, geht der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen weiter. Vor wenigen Wochen haben CDU und SPD auf Vorschlag des Bürgermeisters eine „Nachhaltigkeitsstrategie“ verabschiedet, die diesen Namen nicht verdient. Mit einer knappen Mehrheit und gegen das Votum fast aller beteiligten Verbände, Initiativen und gesellschaftlichen Organisationen wurden Ziele und Maßnahmen aufgenommen, die in wesentlichen Punkten nichts zu einer zukunftsfähigen Entwicklung beitragen.

Im Gegenteil: Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, der Hochwasserschutz und etwa der Schutz unserer natürlichen Böden werden weiter geschwächt.

Ziel dieser Strategie ist es ganz offensichtlich nicht, die natürlichen Ressourcen für zukünftige Generationen zu erhalten. Ziel ist vielmehr, die wenig klima- und umweltfreundliche Politik der Verwaltung und der Ratsmehrheit mit dem Etikett der Nachhaltigkeit zu versehen, obwohl in maßgeblichen Bereichen das Gegenteil geschieht.

Besonders deutlich wird dies auch in diesem Haushalt bei der wieder einmal mehrheitlich beschlossenen Gewinnabführung der Stadtwerke Erkrath. Statt dem bei der Übernahme der Fernwärme gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern abgegebene Versprechen, nun für faire Preise und eine klimaschonende Wärmeversorgung durch eine rasche Umstellung von Erdgas hin zu erneuerbaren Energien zu sorgen, werden die Stadtwerke weiter geschwächt. Die den Stadtwerken vorenthaltenen 1,4 Millionen werden den maroden städtischen Haushalt nicht sanieren, schwächen aber das Eigenkapital der Stadtwerke und damit ihre Möglichkeiten für eine CO<sup>2</sup>-freie Wärmeversorgung und für einen raschen Abschied von der Preisformel der Firma EON.

Im Ergebnis werden die Bürgerinnen und Bürger, allen voran die Hochdahler Fernwärmekunden, zweimal zur Kasse gebeten. Einmal jetzt, zur Verkleinerung des Haushaltsloches, und ein zweites Mal in der Zukunft, für die notwendigen Investitionen in die Sanierung des Netzes und eine Transformation der Energieversorgung. Dies schwächt nicht nur die Umwelt, sondern auch die ökonomische Basis unserer Stadtwerke.

Diese Politik als nachhaltig zu bezeichnen, ist geradezu absurd.

Nichts anderes geschieht im Sozialbereich. Die Expertise der Jugend- und Sozialverbände, die sich dort für ein Projekt des Vereins Füreinander e.V. zur Verbesserung der Situation und zur Gewaltprävention von jungen Menschen aus der Sandheide und an-

deren Stadtteilen eingesetzt haben, wird von Verwaltungsspitze, CDU und SPD abgelehnt. Bestens integrierten Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Sprache erlernt haben, ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten und straffrei leben, wird die Einbürgerung erschwert, um 25.000,00 € im Jahr zu sparen. Teile der CDU-Ratsfraktion beschimpfen geflüchtete Menschen pauschal als migrantische Bombenleger und sprechen von einer „migrantischen Invasion“. Die CDU-Ratsfraktion bringt drei Wochen vor der Bundestagswahl mit großem öffentlichen Getöse einen Antrag ein, mit dem Geflüchtete zur Arbeit für 80 Cent in der Stunde gezwungen werden sollen. Das Ziel ist offensichtlich: Sie glauben so, der AfD Stimmen klauen zu können. Abgesehen davon, dass ihnen dies durch die Übernahme von AfD-Positionen nicht gelingen wird -im Zweifel wird das Original und nicht das Plagiat gewählt- nehmen sie dabei billigend in Kauf, dass das Vorurteil angeblich arbeitsunwilliger Migrantinnen und Migranten weiter geschürt wird.

Damit verschärfen sie die eh schon überhitzte Debatte weiter, polarisieren und spalten unsere Gesellschaft.

Wir hoffen, dass sich auch in Ihrer Partei zukünftig wieder diejenigen durchsetzen, die die Werte des Grundgesetzes, die Demokratie, Vielfalt, Toleranz und ein christliches Weltbild zum Leitbild ihrer politischen Entscheidungen machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

legt man die Zahlen des vor einem Jahr verabschiedeten Doppelhaushaltes 2024/2025 und des jetzigen Nachtragshaushaltes nebeneinander, so wird die ganze Misere deutlich.

Wurde das Haushaltsloch für das Jahr 2025 vor 12 Monaten noch mit ca. 4,5 Millionen Euro prognostiziert, spricht der Kämmerer nun von annähernd 12 Millionen Jahresverlust. Und selbst bei diesen 12 Millionen bleibt es nur, wenn der sogenannte globale Min-

der Aufwand von nunmehr 3,5 Millionen Euro tatsächlich erwirtschaftet werden kann.

In der mittelfristigen Finanzplanung verschärfen sich die Jahresverluste dramatisch und erreichen im Jahr 2028 eine Gesamtsumme von über 15 Millionen Euro. Der sogenannte notwendige Verlustvortrag wird von Jahr zu Jahr größer. Dass dies keine solide Haushaltspolitik ist, leuchtet auch denjenigen ein, die sich selbst nicht als Haushaltsexpertinnen und -experten bezeichnen würden. Im Nachtragshaushalt spiegelt sich das wieder, was nicht nur wir Grünen angesichts der Haushaltspolitik der Verwaltungsspitze und der Ratsmehrheit seit Jahren befürchten und vorhersagen:

Die Stadt Erkrath steuert zielstrebig auf den Konkurs zu. Und dies obwohl unsere Kommune zu den oberen 20% steuerstärksten Kommunen in NRW gehört.

Natürlich sind die Kommunen insgesamt unterfinanziert. Die dramatischen Haushaltsprobleme in unserer Stadt, die schon kurzfristig eine gewaltige Gefahr für unsere soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur, für die Ausstattung unserer Schulen und Kindergärten und viele andere Bereiche darstellen, sind aber zu einem guten Teil hausgemacht. Wir haben das in der Vergangenheit mehr als einmal deutlich gemacht und vorgerechnet.

Auch dieser Nachtragshaushalt ist für uns, trotz der kleinen politischen Erfolge die wir errungen haben, wie etwa die Anschaffung von Defibrillatoren für alle Grundschulen oder dem Beschluss, auch im Bereich der Büchereien wieder eine Ausbildungsstelle anzubieten, nicht zustimmungsfähig. Wir können nur hoffen, dass dies der letzte Haushalt ist, der unter der Verantwortung von Bürgermeister Schultz und den Stimmen der Koalition aus CDU und SPD beschlossen wird.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Arbeit und Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Knitsch

Fraktionsvorsitzender